



Thesen zum Kohleausstieg, dem Kohlekompromiss und Strukturwandel

I. Wie der Kampf um Frieden und Abrüstung geht es auch im Kampf um den **Schutz der Umwelt, der Natur und des Klimas um eine allgemeinemenschliche Frage** – angesichts der Bedrohungs- bzw. Gefährdungslage um Fragen der Sicherung der Existenz(-bedingungen) der Spezies „Mensch“. Dieser Kampf ist damit **nicht primär antikapitalistischer Natur**. Er bedarf eines breiten Bündnisses – auch eines Konsenses - mit Menschen, die sich selbst nicht gesellschaftskritisch oder links sehen; es bedarf sogar des Bündnisses mit Teilen des Kapitals.

Dies entbindet uns als Linke aber nicht von der Aufgabe, die gesellschaftlichen ökonomischen Interessen (bündnis- und überzeugungsfähig) offen zu legen und antikapitalistische, system-alternative Perspektiven über die Klimafrage einzubringen.

II. **Gesellschaftliche (demokratisch ausverhandelte) Kompromisse**, wie der Abschlussbericht der Kohlekommission, sind stets **Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse**; konkret: sie sind ein Spiegelbild der Wirkmächtigkeit demokratisch gebildeter öffentlicher Meinung und der Stärke ökonomischer Interessen und Treiber verschiedener Fraktionen des Kapitals.

III. Zur **Einschätzung der Kräfteverhältnisse**:

1. In Punkto Kohlekompromiss wäre mit Sicherheit ein **schnellerer Ausstieg möglich** (gewesen), wenn
 - a. der öffentliche Protest gegen die Kohleverstromung
 - i. zeitlich wesentlich (d.h. mindestens 10 Jahre) früher eingesetzt hätte und
 - ii. wesentlich breiter und massiver wäre (z.B. 150.000 statt 50.000 Demonstranten im Hambacher Wald), und
 - b. es größere ökologisch orientierte industrielle, Handels- und Dienstleistungssektoren des Kapitals mit Geschäftsinteresse am Umstieg auf ökologisch nachhaltigere Technologien/Energien gäbe,
(So hat die Politik den deutschen Photo-Voltaik-Sektor ab 2012 massiv ausgebremst mit massiven Arbeitsplatzverlusten; nicht ohne Bedeutung sind zwar die

Interessen von Teilen des Finanzkapitals <Rückversicherungen etc.> an schadensmindernder Umweltpolitik, was jedoch nur selten öffentlichkeitswirksam und damit meinungsbildend artikuliert und wahrgenommen wird).

- c. es größere Unterstützung aus dem gewerkschaftlichen Bereich geben würde, wenn es – wie unter b. gesagt – größere ökologisch orientierte Wirtschaftssparten und es z.B. nicht die negativen Erfahrungen mit der PV-Industrie gegeben hätte.
- d. real begründete soziale Verlust- und Abstiegsängste in den Revieren von der Klimabewegung wesentlich ernster genommen worden wären.
- e. DIE LINKE. in Industriegewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen der Energieindustrie stärker vertreten wäre.

IV. Die Vertreter der Umwelt- und Klimabewegung und der Umweltwissenschaft haben vor diesem Hintergrund in der Kohlekommission gute Arbeit geleistet und ein **unterstützens- und damit auch verteidigenswertes Ergebnis** erzielt. Sie verdienen Respekt und Anerkennung.

V. Der erzielte **Kompromiss ist** insofern ein historischer **Knotenpunkt** (Meilenstein) und daher **gegen alle Versuche der Aushöhlung und Abschwächung zu verteidigen**

- 1. im Prozess der Umsetzung des Kompromisses im Gesetzgebungsverfahren (Aufgabe der Bundestagsfraktion) und
- 2. im Prozess der realen Transformation in den Revieren (Aufgabe der lokalen Fraktionen mit Unterstützung der Partei, RLS etc.).

VI. Der **öffentliche (Meinungs-)Druck muss – als zentrale Voraussetzung - deshalb aufrechterhalten und verstärkt werden.** Ein Nachlassen des Drucks (ein Abfinden mit dem Kompromiss) wäre katastrophal. Danach sieht es jedoch aktuell nicht aus. Aufgabe der Linken ist es, die Klima- und Umweltbewegung zu stärken und mit Kontinuität und Sachkunde – (nicht mit kurzatmigem Aktionismus) – mit und als Teil der Klimabewegung den öffentlichen Widerstand zu unterstützen und zu verbreitern.

VII. Kohleausstieg und Strukturwandel sind „kommunizierende Röhren“ (= „Zentrale Mechanik“ des Prozesses)

Das soll heißen: Ein erfolgreicher, schneller und klimawirksamer Ausstieg ist nur bei einem erfolgreichen, schnellen und effektiven Strukturwandel in den betroffenen Regionen möglich.

Entscheidend ist die Ökonomie: Wenn wirtschaftliche Mittel in nachhaltige Energieerzeugung und zukunftsfähige Industrie- und Infrastrukturprojekte fließen, schafft das Fakten und Rückwirkungen auf (noch) bestehende überholte Strukturen, die ökonomisch untergraben werden.

VIII. Der **Kohleausstieg** - wie jeder gesellschaftliche Wandel - **kann nur** gelingen, **wenn er von den unmittelbar betroffenen Menschen als politisch richtig und machbar akzeptiert und mitgetragen wird**, die Transformation also nicht gegen die Menschen fremdbestimmt durchgesetzt.

Wenn konkret erfahrbar wird, dass

1. Alternativen der Energiegewinnung und -versorgung möglich sind,
2. der regionale Strukturwandel sozial – d. h. insbesondere nicht zum Nachteil der abhängig arbeitenden Menschen und kleinen Leute gestaltet wird, sondern im Gegenteil zur Verbesserung der Lebensqualität führt,
3. Investitionen in zukunftsfähige, nachhaltige Industrie- und Infrastrukturprojekte (Bildung, Kultur, Wohnen, Verkehr etc.) und gute (sichere und gut bezahlte) Arbeitsplätze erfolgen,

führt dies zu der notwendigen Akzeptanz und Unterstützung, was wiederum den öffentlichen Meinungsdruck maßgeblich positiv beeinflusst (Rückwirkung auf die öffentliche Meinung).

IX. Die anstehende Transformation einer Produktionstechnologie unter kapitalistischen Bedingungen erfordert qualitativ völlig neue Strukturen der Planung und der demokratischen Beteiligung.

1. Es bedarf neben den kommunalen und regionalen politischen Vertretungsstrukturen zusätzlicher, d.h. neu zu schaffender, alle gesellschaftlich relevanten Kräfte einbeziehenden demokratischen Beteiligungs-Gremien und einer entsprechenden Beteiligungs-Kultur. Ein **Ausbau regionaler Demokratie** ist notwendig.
2. Die Verwaltungs- und Planungsstrukturen und das Planungsrecht müssen angepasst werden. Erforderlich ist ein **Sonderplanungsrecht**.
3. Es bedarf zusätzlichen Personals für die Planung und die Umsetzungsprozesse in den bestehenden wie in den neu zu schaffenden Strukturen. Erforderlich ist **qualifiziertes Sonderpersonal**.
4. Es bedarf erheblicher zusätzlicher Finanzmittel. Erforderlich sind **ausreichend dotierte Strukturwandelfonds** (wie sie z.T. bereits vorgesehen sind).

X. Weitere Gedanken und Ergänzungen müssen folgen. Das ist eine **kollektive Aufgabe** der Partei.

16.02.2019

Hans Decruppe

Stellvertretender Landessprecher DIE LINKE. NRW

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft